

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER Ost-West-Aktions-Gemeinschaft,

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN-FLUGLÄRM,
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)
Staubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Landkreis Dahme-Spreewald

- Beigeordnete Bau -

Frau Heike Zettwitz

- persönlich -

Reutergasse 12

15709 Lübben / Spreewald

per E-Mail übermittelt

Eichwalde, den 10. Oktober 2019

AZ: Io + EG

Ihr Schreiben vom -

Ihr Zeichen -

Mein Schreiben vom 14. September 2019

BER-Projekt und U7-Verlängerung
zur Verlagerung der Zuständigkeit vom
Land Brandenburg zum Landkreis LDS
bei "Restrisikobefreiung"

Sehr geehrte Frau Bau-Beigeordnete Zettwitz,

zunächst bitte ich um Nachsicht für zwei Versehen:

- ich setzte gem. Presse-Informationen voraus, daß Sie Ihrem Amtsvorgänger in all seinen Funktionen folgen würden; dies war ein Irrtum!

- Es war mir unbekannt, daß Sie Ihr neues Amt erst im November 2019 antreten, so daß mein vorg. Schreiben bereits im Internet kursierte, bevor Sie es erhielten, und es gibt u.E. auch bereits eine Flughafenreaktion darauf von Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup.

Zu Ihrer Information: Unser Schriftverkehr ist grundsätzlich öffentlich einsehbar!

Zur vorg. "Reaktion":

- Die NEUE AKTION (NA) um den ehemaligen BVBB-Vorsitzenden Ferdi Braidbach berichtete am 23. September 2019 unter dem Titel

"Restrisikobefreiung - Tiefpunkt der Verantwortungslosigkeit am BER" über "Gedankenspiele" des Tagesspiegel-Redaktions-Direktors Appenzeller über

1999-2014 46 Jahre Autor zu Volkswirtschaftsthemen in ziel. Wirtschaftssystemen

1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Applikativ-Mechanik Berlin-Neptun

1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schweißschweißenbau und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg

1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik, Humboldt-Universität zu Berlin, Seit-Elektrotechnik

1973-75 Diplomierung und Promotion als Erbauer mit Untersuchungen zur Systemleistungsfähigkeit von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von handrechen, Simulations- und algorithmischen Programmen

1972, 1974 Fachpublizistischer und Hochschulpreissträger der Humboldt-Universität von Berlin

1957-64 Assistent-Dozent für Mathematik, Physik und technische Fächer

1990-96 Rechtsberater und Bearbeiter juristischer Grundstofffragen im DEUTSCHEN RECHTSLEHRBUCH (DRB)

1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrag des Landesparlamentes Cottbus

1953-73 Selbstständiger Konstrukteur

1973-91 Ingenieur für entwicklungsbegleitende Standardisierung/Normung

1994 Produktplaner

um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Profistoffmengen" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Chargen für Duroplast-Formstoffteile, PLASTE UND LAUSCHEN

1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus im Auswärtigen Plastverarbeitung (Verhinderung der Einführung des sowjetischen Ost-Toleranz- und Passungssystems zugunsten der Einführung des internationalen ISO/ISO-Toleranz- und Passungssystems)

1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik in der Volkswirtschaft, I.L.A. des ASW Berlin (Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil II: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit den Co-Autoren Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaboratorien für Plastikverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Straußnitz, TU Dresden

1995-99 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz (worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung von Fertigungskostenminimierung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)

um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastifizierungsprozesses von Duroplastformstoffen aus Abmaß-Behältnis-Verstellungen, Eröffnungsverzug der Sektion Plastverarbeitungstechnik einer der Internationalen Fachtagungen ELASTIZITÄT der Konze der Technik, Dresden

um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen fünfjährigen Planes der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin

1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sowjetischen Zweistufigkeitsmethoden in der Maß-, Stütz- und Regelungschnik)

1980 Maserationskonzeption in FEINERREIHERN 25(1987) H.4 S.162

Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit Hermann Schmidt über BERG FORN an Zentralen Bund Tisch und Regierung

1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Steuer) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (Deutscher Wechselkurs) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der ERO-Einführung

2005-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttozielproduktes (BZP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur ERO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg

2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Einkam- und Wirtschaftskrisen sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen

1994-2014 Kritischer Begleiter des Eurospionessens Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Redaktionen, Vorträge, Vorschläge, Äußerungen und Presse-Informationen und -Berichtungen im Rahmen des EICHWALDER BE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER

In enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-2.de> sowie www.eichwalde.com und www.bvbb-er.de)

2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE GEMEINDE EICHWALDE durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

eine Aktivität, "die hintergründig von Flughafenchef Lütke Daldrup (EL); SPD) betrieben wird.

Bewerkstelligt werden soll die "Restrisikobefreiung" der Prüfer der komplexen Sicherheitsforderungen als Voraussetzung für die Inbetriebnahme des BER. Mit dem Versuch, die Genehmigungsbehörde / Prüfer (Landkreis Dahme-Spreewald) für die Inbetriebnahme von der persönlichen Haftung zu befreien ist der Tiefpunkt von Verantwortungslosigkeit zu möglichen Folgen des Betriebs des BER vollzogen. Die "gedachte" Übertragung der Haftung an die "Politik" ist nur ein Witz ...".

Es wird vermutet, daß zu diesem Vorhaben als nicht rechtsstaatliches Produkt der Flughafenchef die Feder geführt hat, der ja schon des öfteren über zu scharfe Vorschriften räsionierte und Kompromisse des Landkreises anmahnte, welche der Landrat erst kürzlich bezüglich Funktionsmängeln ausschloß.

- Das Einführungs zitat Appenzellers lt. NA-Information lautet :
" Die Politik m u B die Verantwortung für eventuelle Mängel nach Eröffnung des BER übernehmen - es ist vielleicht das letzte Hindernis."

Das Gesetz sehe jedoch für die Verantwortlichen von Prüfergebnissen die p e r s ö n l i c h e H a f t u n g vor. Prüfer "müßten Erkenntnisse über eventuelle Norm- und Rechtsabweichungen in allen Nutzungs-Bereichen des BER" erfassen, denn "j e d e Normabweichung ist ein R i s i k o für die Sicherheit von Menschen im BER."

Nun sollen also die drei Gesellschafter über die Haftungsfreistellung der Prüfer "nachdenken" !

Was ist u.E. davon zu halten ?

- Das "Nachdenken" ändert die Gesetzeslage nicht; danach bleiben die Prüfer persönlich verantwortlich. Diese Art der Genehmigungserschleichung ist also nur ein fauler Trick !
- Die von uns angeführten wesentlichen Planungs- und Baumängel sind augenscheinlich auch nach Ansicht des Flughafenchefs geeignet, eine Betriebsgenehmigung für den BER auszuschließen.
- Zur Verschleierung der Sachlage wurde der Begriff "Restrisikobefreiung" erfunden, der nur eine geringe untergeordnete Katastrophenwahrscheinlichkeit vermuten läßt.
- Die Dübel-Kalksandstein-Kabeltrassenträger-Befestigungs- und -Belegungs-Problematik zu Funktionskabeln birgt jedoch ein so großes Gefahrenpotential im Katastrophenfall in sich, daß dadurch die Ergebnisse aller Wirkfolgeprüfungen des TÜV bei Normaltemperatur völlig bedeu-

tungslos werden !

Es handelt sich also hier **n i c h t** um eine Restrisikobefreiung, sondern um einen Gesamthaftungsausschluß der Prüfer für alle Risiken !

- Selbst wenn es die Politik vermöchte, solche Pläne in die Tat umzusetzen, dürfte dies im Katastrophenfall den Prüfern nichts nutzen, weil der Staatsanwalt allein ihnen die volle Problemerkennungseignung vorhalten dürfte nach der Devise " entweder Restrisikobefreiungs-Akzeptanz oder Gewissensentscheidung - beides zusammen ist unmöglich !". Dies nicht zuletzt deshalb, weil unter den unsererseits aufgezeigten Behinderungen und Bedingungen durch die sogen. "Restrisikobefreiung" Gesundheit und Leben der BER-Passagiere gefährdet werden, was einem Verstoß gegen Art.2 Abs.2 GG entspricht - das Grundgesetz geht aber allen anderen Gesetzen vor !

- Damit steht fest :

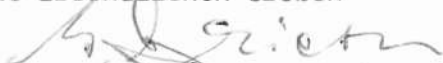
- . Die "Restrisikobefreiung" stellt als Begriff eine wissentliche schwerwiegende Täuschung der Öffentlichkeit dar und ist rechtlich völlig unhaltbar.
- . Wissentliche Täuschung deshalb, weil wir alle Gesetzesverletzungen und Baumängel im Internet veröffentlichten, so daß sie der Flughafengesellschaft bekannt sein müssen oder bei ordnungsgemäßer Recherche in Wahrnehmung gebotener Verantwortung bekannt sein können, was auch den "Restrisikobefreiungs-Vorschlag" als Folge unseres Schreibens vom 14.September 2019 an die Bau-Beigeordnete des Landkreises LDS unterstreicht, sowie die Art der Formulierung von Aktivitäten zu diesem neuen Begriff:
- . Wenn es "nur" darum ginge, die Prüfer von verborgenen, mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln nicht erkennbaren Mängeln aus der chaotischen Bauphase um 2012 zu schützen, die erst später erkennbar werden, dann hätte die Formulierung etwa so lauten müssen : "Zu zum Prüfzeitpunkt nicht erkennbaren Mängeln aus der chaotischen Bauphase um 2012 wird den Prüfern ggf. eine Resthaftungsbefreiung gewährt."

Die gewählte Formulierung "Die Gesellschafter **m ü s s e n** über eine Haftungsfreistellungserklärung nachdenken", läßt jedoch erkennen, daß die Nichtgenehmigungsfähigkeit des BER-Projektes erkannt wurde , so daß ohne eine Risikobefreiung der Prüfer der BER keinen Betrieb aufnehmen kann - deshalb also "müssen" statt "sollten evt. nachdenken" !

- . Da an die BER-Passagiere eine geldwerte Leistung verkauft wird, stellt diese vorgehen. begriffliche Täuschung gleichzeitig einen Betrug dar, welchen wegen Grundgesetzeswidrigkeit und Verstoßens gegen den Grundsatz von Treu und Glauben gem. BGB kein Staatsanwalt im Katastrophenfall anerkennen kann - von den Reaktionen Betroffener ganz zu schweigen !
- . Solche "Gedankenspiele" ergänzen das Masterplan-Vorhaben des Flughafenchefs Lütke Daldrup im Widerspruch zum Planfeststellungsbeschluß (PFB), Konsensbeschluß und Raumordnungsverfahren von 1994 (ROV 1994) und nicht erfolgreich abgeschlossener PFB-Umweltverträglichkeitsprüfung und setzen den weiteren bisherigen Rechtsverstößen geradezu die Krone auf.
- . Alle Verantwortungsträger im Landkreis LDS, beim TÜV und den Legislativen der Flughafeneigner sind deshalb aufgerufen, sich solchen Plänen mit aller Kraft zu widersetzen und dem Grundgesetz Geltung zu verschaffen !
- . Der Landtag möge ergänzend nach Diskussion des "Politikerbriefes" Stand 1.Mai 2017, "Europäisches Recht ist umzusetzen ...", beschließen, daß das derzeitige BER-Projekt abubrechen und für einen neuen Standort neu auszuschreiben ist unter Erhalt des derzeitigen Berliner Flughafensystems SXF + TXL bei Vorsehen ausreichenden Schallschutzes.

In diesem Sinne verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen



- Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT -

2 Anlagen